

MITTEILUNGEN

Vier Konferenzen im Europäischen Parlament zur „neuen Gefahr des Populismus“ am 30./31. März und 21. Juni 2011 in Brüssel

Wissenschaft ist nicht wertfrei. In der Politikwissenschaft, aber auch in Politik und Journalismus ist es durchaus Usus, dass die gleichen Phänomene ganz unterschiedlich bewertet werden. Vor allem die Bewertung von Parteien hängt stark vom politischen Standpunkt des Betrachters ab. Das gilt besonders für die Frage, welche Parteien als „unwillkommene Gäste“ angesehen und welche Bekämpfungsstrategien daraus für die politische Praxis abgeleitet werden. Damit sind vor allem wie auch immer geartete extremistische, radikale oder populistische Parteien angesprochen. Gerade letztere werden als „neue Gefahr tituliert“, da sie europaweit Erfolge verbuchen können. In den Niederlanden unterstützt die neue Einmitgliedspartei von *Geert Wilders* sogar die Minderheitsregierung.¹ Im Juni 2011 ist *Wilders* nach einer langen Gerichtsverhandlung von dem Vorwurf freigesprochen worden, er vertrete mit seiner Islamfeindlichkeit eine strafbare Position. Er feierte dies unmittelbar danach als „Sieg der Meinungsfreiheit in Europa“. Mit Antiislamiraden konnte und kann er ebenso reüssieren wie die FPÖ in Österreich. Unter Führung von *Heinz-Christian Strache* knüpft sie an die Erfolge von *Jörg Haider*, den rechtspopulistischen Prototypen, in den späten 1990er Jahren an.² Auch der französische Front National hat sich mit der Tochter von *Jean-Marie Le Pen, Marine*, erfolgsträchtig neu aufgestellt. Selbst in bislang „populismusfreien Staaten“ wie Schweden und Finnland stehen neue Herausforderer für die etablierten Parteien bereit.³ Auch in Osteuropa entfaltet der Populismus seine Wirkung. Besonders umstritten ist dabei die Einordnung der ungarischen Fideszpartei von *Viktor Orbán*.⁴ Die derzeit, mit Gewinn einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, elektoral erfolgreichste Partei in der EU sorgte während der EU-Präsidentschaft Ungarns durch ein umstrittenes Mediengesetz und eine neu ausgearbeitete Verfassung mit starkem Rekurs auf die Nation in Europa für manche Kritik. Unter diesem Eindruck scheint sich innerhalb der EU Sorge vor einem Rechtspopulismus als „Dauerbrenner in der europäischen Politik“ breitzumachen. Innerhalb von zwei Tagen, am 30. und 31. März, organisierten gleich drei verschiedene Fraktionen aus dem Europäischen Parlament ambitionierte Konferenzen zu diesem Thema: die Allianz der Liberalen und Demokraten, Die Grünen – Europäische Freie Allianz und die christdemo-

1 Vgl. dazu *Friso Wielenga / Florian Hartleb* (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster u.a. 2011, insbesondere das *Geert Wilders*-Porträt von *Koen Vossen* in diesem Band.

2 Vgl. *Florian Hartleb*, Extremismus in Österreich, in: *Eckhard Jesse / Tom Thieme* (Hrsg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 265 – 281.

3 Vgl. ders., Nach ihrer Etablierung. Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung, Sankt-Augustin / Berlin 2011.

4 Vgl. *Melani Barlai / Florian Hartleb*, Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 48. Jg. (2008), H. 4, S. 34 – 51; dies., Rechtsextremismus als Posttransformationssphänomen – der Fall Ungarn, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 7. Jg. (2010), H. 1, S. 83 – 104.

kratische Europäische Volkspartei. Im Juni folgte eine Konferenz der Sozialisten beziehungsweise Postkommunisten. Alle vier stellten insbesondere auf die Frage ab, wie sich das Problem für die etablierten Vertreter im europäischen Parteienwettbewerb lösen lässt.

Die Konferenz der Grünen wurde von den EP-Abgeordneten *Daniel Cohn-Bendit* und den früheren Attac-Aktivisten *Sven Giegold* geleitet und moderiert. Für *Cohn-Bendit* ist der Rechtsextremismus bereits in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Im Europäischen Parlament gebe es anders als etwa in Deutschland keine strikte Abgrenzung zu den Rechtsaußenkräften. Der junge Abgeordnete *Jan Phillip Albrecht* machte als Mitorganisator mit einer ausgelegten Publikation wie in seinen Statements klar, es gebe verstärkt Stimmen, auch Parteien und Abgeordnete, die zum Sturz der Demokratie aufriefen. Vor allem mache sich ein latenter Antisemitismus breit. Rechtspopulisten und Rassisten agierten in einer rechts-extremistischen Grauzone.⁵ Der österreichische Schriftsteller *Robert Misik* sprach in seiner Eröffnungsrede die Stichworte „Politikverdrossenheit“, „Modernisierungsverlierer“ und „Postdemokratie“ als Ursachenkomplexe für das Aufkommen solcher Formationen an. Im Anschluss präsentierte der italienische Journalist *Guido Caldiron* Italien als Referenzbeispiel für einen extrem rechten Populismus. *Silvio Berlusconi* habe den Rechtsextremismus als Regierungsform mittels einer Politik der Illusionen salonfähig gemacht und sei daher eine große Herausforderung für die Linken. *José Bové*, MEP aus Frankreich und früher gewaltsaamer Globalisierungsgegner mit Demontageaktionen unter anderem gegen McDonalds, führte aus, dass die Propaganda der Populisten auf einen Krisendiskurs im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und einer allgemeinen Identitätskrise fuße. Die deutschen Politikwissenschaftler *Tim Spier* (Universität Siegen) und *Britta Schellenberg* (LMU München) gingen in einem Roundtable der Frage nach, inwieweit die Globalisierungs- oder Modernisierungsthese im Zusammenhang mit der neuen Stärke der Rechtsaußenparteien stehe. *Schellenberg* differenzierte nicht zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus; sie versuchte mit Beispielen der deutschen NPD und der ungarischen Jobbik-Partei die Bedeutung der sozialen Frage für das Aufkommen von Rechtsaußenformationen zu beleben. *Spier* präsentierte dabei die Thesen seiner jüngst erschienenen Dissertation zum Thema, in der er herausarbeitete, dass das Operationalisierungsmerkmal „Modernisierungsverlierer“ die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer rechtspopulistischen Partei signifikant erhöht.⁶ Im nächsten Roundtable kamen international renommierte Forscher zu Wort, als es um konkrete Gegenstrategien ging: der Österreicher *Anton Pelinka* (Central European University Budapest) und der Niederländer, nun in den USA lehrende *Cas Mudde*, der die derzeit wohl beste Monographie unter Einschluss Osteuropas vorgelegt hat.⁷ *Mudde* kritisierte die Intention der Veranstalter, Rechtspopulismus und -extremismus zu vermengen. Er betonte, dass etwa die belgisch-flämischen Formationen Vlaams Belang und die Neu-Flämische Allianz grundverschieden seien. Er plädierte dafür, dass sich die etablierten Herausforderer mit den Themen der populistischen Formationen vor allem inhaltlich auseinandersetzen müssen.

5 Vgl. *Jan Phillip Albrecht*, Vorwort, in: *ders.* (Hrsg.), *Strategien gegen Rechtsextremismus*, Berlin 2010, S. 3 – 8.

6 Vgl. *Tim Spier*, *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden 2010.

7 Vgl. *Cas Mudde*, *Populist Radical Right Parties in Europa*, Cambridge 2007. Aus deutscher Sicht noch immer maßgeblich *Frank Decker*, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004.

Die am gleichen Tag stattfindende Konferenz der Liberalen wurde von ihrem Präsidenten *Guy Verhofstadt*, dem früheren belgischen Premierminister, eingeleitet. Er betonte, dass liberale Parteien diametral der anti-liberalen Haltung der Rechtspopulisten mit einer Politik der Ressentiments entgegenstünden. Er sprach die neue Stärke der Rechtspopulisten gerade in den skandinavischen Staaten an. Besonders kritisch nahm er die Fideszpartei ins Visier, die in den früheren 1990er Jahren als liberale Partei Mitglied in der Allianz der Liberalen und Demokraten war. Die inzwischen verabschiedete neue Verfassung für Ungarn sei keine Verfassung für das 21. Jahrhundert. Rechtspopulistische Formationen würden an die Furcht der Menschen insbesondere gegen Globalisierung und Finanzkrise appellieren und seien entschieden zu bekämpfen. *Leonidas Donskis*, MEP, international renommierter Historiker und Philosoph aus Litauen, erörtert die Frage, ob das Konzept des Multikulturalismus dadurch in Gefahr gerate. Europäische Identität habe zwei zu trennende Ebenen: eine politische und eine kulturelle. Zum Multikulturalismus gebe es keine Alternative. Die Journalistin *Shada Islam*, Leiterin des Asienprogramms des Brüsseler Think Tanks „Friends of Europe“, bemängelte in ihrem Vortrag, dass immer noch keine intelligente Debatte über den Umgang mit dem Islamismus geführt werde. Die Behandlung der Roma in Europa bestätige den Eindruck, wie wichtig die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Agitation gegen Minderheiten für das Europa von heute sei. Während der Diskussion verstärkte sich die Kritik an *Viktor Orbán*, der mit *Jörg Haider* auf eine Stufe gestellt wurde. Der Vorschlag von Lokalpolitikern auf dem Podium, alle Formationen von rechtsaußen strikt auszugrenzen, wurde im Publikum von EP-Abgeordneten kontrovers diskutiert.

Am 31. März organisierte die Europäische Volkspartei mit Hilfe ihres parteinahen Think Tanks „Centre for European Studies“, geleitet vom Finnen *Tomi Huhtanen*, eine Konferenz zum selben Thema, auf der eine Studie⁸ von *Angelos-Stylianos Chryssogelos* vorgestellt wurde, einem griechischen, an der Europäischen Universität Florenz tätigen Politikwissenschaftler. Er hatte auf der rechten Seite die Front National, die PVV von *Geert Wilders* und die FPÖ untersucht, auf der linken Seite die Linke aus Deutschland und die Socialistische Partij aus den Niederlanden. Im Unterschied zu den anderen Konferenzen wurde hier der Linkspopulismus als Konzept angesprochen. Rechts- und Linkspopulisten eine der Appell an die einfachen Leute und der Bezug auf den Nationalstaat. Bislang sei der außenpolitische Impetus unterbelichtet, obwohl gerade dort emotionale und symbolische Positionen anzutreffen seien, die dann wieder auf die nationalstaatlichen Diskurse zurückschlügen. Mit Blick auf die Außenpolitik lasse sich bei Rechts- und Linkspopulisten ein ähnliches agenda-setting beobachten, nicht nur im Anti-Amerikanismus, sondern auch im wirtschaftlichen Protektionismus, der Globalisierungskritik und in der Sympathie für Russland als Fundament europäischer Sicherheitsarchitektur. Mehr und mehr nähmen europäische und globale Fragen Einfluss auf den nationalstaatlichen Parteienwettbewerb. Die aktuelle Diskussion um den Nahen Osten offenbare aber auch die Grenzen für die Populisten. Hier sei es schwer, die typisch populistisch-dichotomische Schwarz-Weiß-Malerei anzuwenden. Das Schürzen der Gegensätze, Westen versus Islam, Demokratie und Freiheit versus Dschihad und Unterdrückung, sei das Fundament gewesen, auf dem Islam-Kritiker und Rechtspopulisten überall in Europa ihr Weltbild errichtet hätten. Die auch politikwissenschaftlich nicht vorhergesagten Umstürze brächten das Weltbild der Islamkritiker ins Wanken. Die anschließenden

8 Vgl. *Angelos-Stylianos Chryssogelos*, Old Ghosts in New Sheets: European Populist Parties and Foreign Policy, Centre for European Studies, Brüssel 2011.

Redebeiträge fragten einmal mehr nach einem Patentrezept. Alle Varianten im Umgang mit Populisten hätten aus Sicht der Europäischen Volkspartei bereits empirische Evidenz: Koalition mit der Stoßrichtung einer Entzauberung wie in Österreich unter Wolfgang Schüssel, strikte Ausgrenzung („cordon sanitaire“) wie in Belgien oder Frankreich oder die Erlaubnis der Tolerierung einer Minderheitsregierung wie in Dänemark und nun in den Niederlanden. Zudem wurde auf die Gefahren eines Medienpopulismus in den Stimmungsdemokratien hingewiesen. Die Europäische Volkspartei müsse grundsätzlich mit Werteorientierung entgegentreten – ein Argument, das auch die Liberalen am Tag zuvor verwandt hatten.

Initiiert von der deutschen Linken setzte sich am 21. Juni 2011 auch die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) mit dem Rechtspopulismus auseinander. Im Mittelpunkt standen die neuen Entwicklungen in Finnland und Ungarn, die als „Stunde der Populisten“ gedeutet wurden. Auch hier rückte Viktor Orbán, als Repräsentant der ungarischen Ratspräsidentschaft, in ein besonders negatives Licht. In der Einleitung sprach Cornelia Ernst, MEP, davon, dass quer durch Europa mit Ausnahme von Zypern Rechtsextremisten erfolgreich sind. Als Referenten sprachen Peter Porsch (Sachsen und Graz), früherer Vorsitzender der PDS- beziehungsweise Linksfraktion im Sächsischen Landtag, und Karl-Heinz Gräfe (Dresden). Porsch ging auf die Entwicklungen in Österreich und den Erfolg von Heinz-Christian Strache ein. Gräfe sah in Ungarn einen neuen Faschismus, der dramatische Entwicklungen auch im Zusammenhang mit der Jobbik-Partei offenbart. Orbán propagiere mit den neuen Mediengesetzen und der neuen Verfassung einen Weg, der unter stiller Teilnahme der EU zu einem autoritären Staat führe. Im Publikum äußerte sich der Europaskeptiker und frühere Spiegel-Redakteur Hans-Peter Martin beunruhigt über die österreichischen Entwicklungen. Martin, der mit einer eigenen Liste fraktionslos im Europäischen Parlament sitzt, sieht nur durch einen gemeinsamen Linksverbund die Möglichkeit, eine zukünftige Kanzlerschaft Straches in Österreich zu stoppen. Problematisch sei, dass es dort anders als in Deutschland keine etablierte Linksaufenpartei gebe. Das läge an der fehlenden Vergangenheitsbewältigung.

Alle vier Konferenzen begegneten dem Populismus mit großem Argwohn, wohl auch deswegen, weil rechtspopulistische Formationen exponiert euroskeptisch agieren. Aus Sicht der Fraktionen im Europäischen Parlament scheint das Phänomen ein „unwillkommener Guest“ zu sein, den es auf verschiedenen Ebenen entschieden zu bekämpfen gilt. Die Sozialisten, Grünen und Liberalen sahen Rechtspopulisten und -extremisten mehrheitlich als gleiches Phänomen, als zwei Seiten derselben Medaille an, während die Christdemokraten differenzierten und auch auf Linksaufenkräfte eingingen. Der Hinweis fehlte, dass die rechtspopulistischen Herausforderer bislang nicht in der Lage sind, eine einigende Formation im Europäischen Parlament zu schmieden. Trotzdem ist das Erstarken der Rechtspopulisten seit geraumer Zeit ein höchst relevantes europäisches Thema, das auch in der Krise von alten Modellen wie Volksparteien und Mitgliederparteien in Westeuropa und fehlender zivilgesellschaftlicher Verankerung in Osteuropa begründet scheint. Aus EU-Sicht müsste mehr und mehr eine europäische Öffentlichkeit geschaffen und die EP-Wahlen unter dem Signum der europäischen Integration stärker bei den Bürgern verankert werden. Eine Strategie, wie dies denn gelingen kann, wäre ein geeigneter Gegenstand für vier neue Konferenzen, die auch in der politischen Bildung und deren Bedeutung in der Politikvermittlung ansetzen müssten. Diskussionsbedarf gibt es genug: Derzeit verbreitet sich mitten in der Griechenlandkrise Euroskeptizismus – auch in Deutschland, eine angeblich „rechtspopulismusfreie Zone“.

Florian Hartleb